

Beginn: 10:05 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie alle ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 18. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein morgendlicher Gruß gilt insbesondere unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **acht Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden – wie immer – in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nun in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

1 Betriebsbedingte Kündigungen bei Opel in Bochum verhindern!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1667

Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 10. Dezember 2012 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten einer der antragstellenden Fraktionen Herrn Kollegen Eiskirch für die SPD-Fraktion das Wort.

Thomas Eiskirch (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Obwohl die Zukunft der Endmontage schon seit Längerem in der Diskussion war, so war der Montag doch ein bitterer Tag für Bochum, für die Region und für ganz Nordrhein-Westfalen. Es ist auch ein bitterer Tag für die Bundesrepublik Deutschland gewesen. Erstmals – solange ich mich erinnern kann – wird in Westdeutschland das Aus für die Endmontage im gesamten Werk eines Massenherstellers von Automobilen verkündet.

Das angekündigte Aus für Opel in Bochum macht viele der direkt und mittelbar Betroffenen fassungslos und wütend: in Bochum, in Herne, in Dortmund, in Witten, in Hattingen und in anderen Städten des Ruhrgebietes, in denen die Beschäftigten und ihre Familien wohnen. Sie sind fassungslos, weil sie sich nach all den zermürbenden Jahren, in denen der Standort immer wieder zur Diskussion gestellt wurde, nicht vorstellen konnten, dass die Endmontage

von Fahrzeugen am Standort Bochum im Jahr 2016 beendet sein soll. Sie sind wütend über die Art und Weise, wie die Geschäftsführung über ihre Entscheidung zur Beendigung der Fahrzeugmontage nach dem Jahr 2016 informierte. Erst verkündet die Geschäftsführung ihre Entscheidung, und dann verschwindet sie fluchtartig durch die Hintertür aus dem Saal, bevor sie auch nur eine einzige Frage beantwortet hat. Die Ängste zu ignorieren ist unwürdig. Die Betroffenen haben einen Anspruch darauf, mehr zu erfahren als ein Ankündigungsstakatto im Überschriftenstil. So geht man mit den Beschäftigten und den anderen, die betroffen sind, nicht um!

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

Da wir beim Thema „Umgang“ sind: Opel hat das Jubiläumsfest für Samstag abgesagt – indem man sich nicht darauf einließ, zu prüfen, wie man die gegebenenfalls entstehende Sicherheitssituation bewerkstelligen kann, sondern mit der klaren Absicht, das umzusetzen, was man schon immer tun wollte, nämlich nicht mehr zu feiern.

Ich sage Ihnen sowie den Opelnerinnen und Opelnern: Das, was GM dort macht, ist unwürdig, weil es ein weiterer Versuch ist, den Stolz der Menschen auf das, was sie in all den Jahren geleistet haben, zu untergraben. So geht man mit Menschen nicht um!

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

Kolleginnen und Kollegen, niemand aus Bochum, aus dem Ruhrgebiet, aus Nordrhein-Westfalen ignoriert die schwierige Marktsituation der Automobilindustrie, insbesondere die der Hersteller kleinerer und mittlerer Fahrzeuge in Europa. Wir wissen um die Probleme der Branche, wir wissen um die Überkapazitäten.

Bei der Inszenierung des Opel-Ausstiegs aus der Fahrzeugproduktion in Bochum wird jedoch deutlich, woran es bei Opel in den letzten Jahren eben auch gekrankt hat: an einem fairen Umgang miteinander, an einem Dialog zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern auf Augenhöhe bei dem – trotz aller Interessensgegensätze – gemeinsamen Ringen um eine gute Lösung für die Zukunft.

Dies ist der schwerwiegendste Fehler in einer ganzen Reihe von Managementfehlern, die sich Opel in den vergangenen Jahren glaubte leisten zu können. Da waren der ständige Austausch von Personen in der Geschäftsführung und im Spitzenmanagement, die dauerhafte Abschottung von Exportmärkten, besonders der Märkte mit großen Nachholbedarfen außerhalb Europas, die dauerhafte Abschottung der Werke in Deutschland für die Produktion anderer Marken des Konzerns für den europäischen Markt und das ständige Infragestellen der Zukunft der

Marke Opel und ihrer Standorte durch das Unternehmen selbst.

So plant man keine Zukunft, so plant man das Ende eines Unternehmens! Das tut man nicht, und das ist unverantwortlich!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, den PIRATEN, Regina van Dinther [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Zuletzt hat die Konzernmutter GM die Adam Opel AG nur deshalb halten können, weil US-Präsident Barack Obama umfassende Sicherheiten und Garantien für GM gegeben hat; wir erinnern uns alle.

Die Folgen der Fehlentscheidungen des Managements treffen zuerst die Beschäftigten. Die Beschäftigten bei Opel in Bochum haben sich aber die Würde – ich habe das gerade schon einmal gesagt – nicht nehmen lassen. Bei aller Wut und Fassungslosigkeit: Sie werden miteinander und mit ihrer Gewerkschaft, der IG Metall, weitere Schritte und Maßnahmen diskutieren.

Das Management von Opel wird in den nächsten Tagen und Wochen, Monaten und Jahren nicht vor seiner Verantwortung wegrennen können. Das werden die Beschäftigten, die Menschen in der Region nicht zulassen. Auch wir in der Politik dürfen dies nicht zulassen, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, den PIRATEN und Dietmar Brockes [FDP])

Opel muss sich der Verantwortung für die Beschäftigten und die Region stellen. Ich sage dem Opel-Management gerne auch noch einmal, was Verantwortung in dieser Situation bedeutet.

Verantwortung bedeutet erstens: Keine Beschäftigte und kein Beschäftigter wird in die Arbeitslosigkeit entlassen, heute nicht und auch nicht nach 2016. Unsere Solidarität gilt den Opel-Beschäftigten. Betriebsbedingte Kündigungen finden bei Opel nicht statt. Das ist Verantwortung, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der SPD)

Verantwortung bedeutet zweitens: Bochum braucht auch nach dem angekündigten Aus für die Automobilproduktion eine Perspektive als starker Industriestandort. Dazu gehört vor allem die Verantwortung von Opel für ein Konzept, in dem alternative Entwicklungen am Bochumer Standort konkret beschrieben und geplant werden. Wer eine Komponentenfertigung in Aussicht stellt, der darf nicht gleichzeitig daran festhalten, zum Ende des bevorstehenden Jahres die Getriebefertigung am Standort Bochum dichtmachen zu wollen, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der SPD)

Komponentenfertigung muss heißen – um das hier deutlich zu sagen – „Antriebe, Motoren und Systeme“

und nicht „Blinker und Außenspiegel“. Das ist Verantwortung für den Standort!

(Beifall von der SPD)

Verantwortung bedeutet drittens: Das Unternehmen Opel beteiligt sich ernsthaft, seriös und verbindlich an der Erarbeitung einer Zukunftsperspektive für den Standort Bochum. Das ist Verantwortung, Kolleginnen und Kollegen!

Kommen wir aber zur Realität! Betriebsbedingte Kündigungen möchten sie vermeiden – sichern es aber nicht zu. Komponentenfertigung beschreiben sie als eine Option für mögliche Verhandlungen – sichern es aber nicht zu. Vor drei Wochen haben sie erklärt, sich mit der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Bochum Perspektive 2022“ aus GM, Stadt Bochum und Land NRW aktiv in die Entwicklung des Standortes einzubringen. Die Geschäftsgrundlagen dafür sind Vertrauen und Verantwortung! Diese Geschäftsgrundlage haben sie am Montag verlassen!

Dabei wäre „Bochum Perspektive 2022“ doch ein sinnvoller Weg, um die Flächenentwicklung, innovative Technologien, aber vor allem auch die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Bochum und im Ruhrgebiet voranzutreiben.

Dazu gehört, dass Opel sich aktiv inhaltlich einbringt und mit Geld und Flächen dazu beiträgt, dass die Arbeitsgruppe „Bochum Perspektive 2022“ zu einer Entwicklungsgesellschaft für den Standort wird – und nicht zu einer Grundstücksverwertungsgesellschaft verkommt, Kolleginnen und Kollegen.

Die Verantwortung von Opel und GM besteht darin, endlich mit dem Konjunktiv aufzuhören. Wir wollen kein „hätte“, kein „könnte“, kein „wenn“ und kein „aber“ mehr hören! Wir wollen endlich verbindliches und konkretes Einstehen für den Automobilstandort Bochum und für die automobilen Wertschöpfungskette in Nordrhein-Westfalen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ankündigung von GM, die Autoproduktion am Standort Bochum 2016 einzustellen, ist ein herber Schlag. Das gilt für die Beschäftigten – es sind immer noch 3.000 in Bochum. Das gilt für die Stadt Bochum und ganz genauso für die angrenzenden Städte. Das gilt auch für die Region Ruhrgebiet und für die angrenzenden Regionen. Das ist die weitere Dramatik darin. Viele Tausend Menschen hängen mittelbar und unmittelbar vom Opel-Standort ab. Es

sind bis zu 20.000 Menschen, die bei der Zulieferindustrie beschäftigt sind und die mittelbar vom Opel-Produktionsstandort abhängen. Das sind alles Menschen, die in dieser Region jetzt um ihren Arbeitsplatz, um ihre Existenz und um ihre Zukunft bangen.

Das Groteske ist im Übrigen auch, dass wir ausgerechnet jetzt in der Woche sind, in der Opel 50 Jahre Opel-Produktion am Standort Bochum und 150 Jahre Bestehen von Opel feiern wollte. Das große Jubiläumsfest war geplant für kommenden Samstag. Und in dieser Woche verkündet GM das Aus. Das ist eine Instinktilosigkeit gegenüber dem Unternehmen und den Menschen, die sich vor Ort jahrelang für diesen Standort eingesetzt haben.

Es hat eine gewisse Konsequenz, diese Feier jetzt abzusagen, in der Tat. Aber es zeigt auch, welche Art Dankbarkeit GM gegenüber den Menschen und der Stadt Bochum verspürt, die ihnen übrigens in der Krise der Automobilindustrie 2008/2009, die eine schwere Krise für GM, eine existenzbedrohende Krise für den Mutterkonzern war, Cash in die Kasse brachten. Es war nämlich Opel, das am Ende GM in den USA gerettet hat. Und das ist jetzt der Dank dieses Konzerns dafür!

Es ist unwürdig, das zu sehen. Es ist unwürdig, das in dieser Situation in der Weise zu machen, wie GM es macht. Mit der Ankündigung beendet der Mutterkonzern im Grunde genommen eine Hängepartie, die schon seit Jahren über diesem Standort schwebt. Seit 2008 schwebt das Damoklesschwert der Schließung über Bochum, über den Beschäftigten aus der Stadt und aus der Region.

Richtig ist ja, dass Opel rote Zahlen schreibt. Richtig ist auch, dass der Absatz an Opel-Fahrzeugen rückläufig ist. Richtig ist aber auch – und das muss man noch mal in aller Deutlichkeit sagen –, dass der Mutterkonzern GM in der Finanzkrise und davor eine verfehlte Produktpolitik hatte. Die haben in den USA immer noch diese großen Schlitten produziert, die keiner mehr fahren wollte und keiner mehr fahren kann, weil erkennbar ist, dass der Ölpreis in die Höhe geht und dass diese großen Schlitten mit ihrem hohen Benzinverbrauch überhaupt nicht mehr bezahlbar sind. Das war die Politik in den USA, die GM an den Rand des Ruins gebracht hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat der Konzern letztlich ausgetragen auf dem Rücken der europäischen Opel-Standorte, insbesondere jetzt auf dem Rücken Bochums, wobei Opel selbst eine andere Produktpolitik gemacht hat und auch Innovationen betrieben hat.

Bezeichnend war dabei übrigens, dass GM die Opel-Produktion in Europa, in Deutschland als GmbH geführt hat. Das zeigt, wie unselbstständig diese Automobilproduktion hier gehalten wurde und dass es vor allen Dingen darum ging, Liquidität für das eigene Überleben herauszuziehen.

Es war also wesentlich die Politik des Mutterkonzerns GM, die dazu geführt hat, dass der Standort seit Jahren um sein Überleben kämpfen musste. Es war nicht die verfehlte Produktpolitik vor Ort. Übrigens ist das Werk bis heute noch gut ausgelastet.

GM hat Opel keine Chance zur Selbstständigkeit gegeben, hat stattdessen 2009 einen Verkauf in letzter Minute verhindert. Das hätte eine Lösung auch für die Opel-Produktion in Deutschland sein können, ist aber verhindert worden. GM hat gleichzeitig auch noch die asiatischen Absatzmärkte dicht gemacht und die Marke auf den europäischen Markt beschränkt.

Das, meine Damen und Herren, ist verantwortungslose Politik gegenüber den Menschen in der Bundesrepublik, in Europa, insbesondere in Bochum.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn es jetzt so kommen sollte, wie von GM angekündigt, dann muss man auch sehen, dass die Menschen im Ruhrgebiet viel Erfahrung haben mit Strukturbrüchen, mit den Schwierigkeiten des Strukturwandels, mit Rückschlägen, aber auch mit dem Aufstehen und mit dem Neuanfang und mit dem Weitermachen. Das gilt für die Menschen in Bochum – Nokia war ein Beispiel dafür, wie die Stadt mit diesem herben Rückschlag umgegangen ist –, das gilt für die Menschen im Ruhrgebiet insgesamt. Es gibt ein Motto, das sich die Ruhrgebietskommunen zusammen gegeben haben: Wandel als Chance. – Das ist das Motto, mit dem die Region sich selbst verbinden will.

Darum ist es natürlich auch gut, dass die Landesregierung schon sehr frühzeitig den Dialog aufgenommen hat mit dem mittleren Ruhrgebiet, mit Opel und mit GM, um auszuloten, welche Entwicklungsmöglichkeiten es in die Zukunft hinein gibt für die Flächen – aber natürlich auch für das, was GM angekündigt hat, nämlich: Wir bleiben da, wir bleiben mit einer Komponentenfertigung da. – Das ist übrigens eine etwas merkwürdige Geschichte. Auch da weiß man nicht, ob man GM Glauben schenken darf; denn gleichzeitig lassen sie ja die Getriebeherstellung 2014 auslaufen. Aber sie haben gesagt: Wir bleiben mit einer Komponentenfertigung da. – Dann muss GM das jetzt auch zeigen, Butter bei die Fische geben und deutlich machen, dass das diesmal wirklich eine ernstgemeinte Ankündigung ist und keine Ankündigung von der Sorte, wie es sie in der Vergangenheit gab.

GM muss dafür geradestehen, dass die Produktion bis 2016 weiterlaufen kann und das Fenster zumindest ein Stück weit offen bleibt. GM muss auch dafür sorgen, dass bei der Entwicklung und Verwertung von Flächen eine Kooperation mit der Stadt in verlässlicher Weise stattfindet, damit Infrastrukturfragen geklärt werden können und damit geklärt werden kann, wie sich GM auch finanziell an einem Nachfolgekonzept beteiligt.

So viel Verantwortung, sehr geehrte Damen und Herren, muss für diesen Standort schon sein. Das ist unsere Forderung an GM. Wir fordern Verlässlichkeit. Wir fordern stabile Zusagen von einem Konzern, der sich selbst gerettet hat auf Kosten der Opelaner und Opelangerinnen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger. – Für die Fraktion der CDU hat Herr Kollege Haardt das Wort.

Christian Haardt (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Landtag beschäftigt sich heute – ich sage das ausdrücklich – leider nicht zum ersten Mal mit dem Thema „Opel“ bzw. mit Bochum als Standort der Automobilindustrie. Die Entscheidung, die Automobilproduktion am Standort Bochum einzustellen, kommt zwar nicht gänzlich unerwartet, sie ist aber trotzdem ein harter Schlag für Bochum und für die ganze Region.

Unsere Solidarität gilt den betroffenen Mitarbeitern und ihren Familien bei Opel selbst und bei den von der Schließung indirekt betroffenen Unternehmen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Warme Worte der Solidaritätsbekundung sind zwar wichtig, allerdings meines Erachtens nicht ausreichend. Sie mögen zwar das Herz erwärmen, machen aber niemanden satt. Stattdessen, meine Damen und Herren, ist hier praktische Hilfe erforderlich.

Praktische Hilfe bedeutet dabei zunächst, alle Möglichkeiten der Einflussnahme auszuschöpfen, um zu versuchen, Bochum auch als Standort für die Automobilindustrie, genauer: für die Automobilproduktion, zu erhalten.

Hier, Herr Kollege Eiskirch, haben Sie ein klares Bekenntnis vermissen lassen. Eine Teileproduktion jedenfalls würde uns als Forderung zunächst einmal nicht ausreichen.

(Beifall von der CDU)

Ich will das allerdings mit einer wichtigen Einschränkung verbinden. Was für uns nicht in Betracht kommt, ist, den Eigentümern von Opel in Detroit den Verbleib in Bochum jenseits der Nutzung bereits bestehender Fördermöglichkeiten mit Steuergeldern zu versüßen. Das Aufhübschen der Bilanzen von General Motors, einem Konzern, der die Schwierigkeiten bei seiner deutschen Konzerntochter zu wesentlichen Teilen selbst verschuldet hat auf Kosten des Steuerzahlers, kommt für uns definitiv nicht in Betracht.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Meine Damen und Herren, mir ist durchaus klar, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme auf Standortentscheidungen von Unternehmen begrenzt sind. Klar ist das spätestens seit Nokia, wovon Bochum ebenfalls betroffen war. Klar ist seitdem auch, dass solche Entscheidungen nicht immer nachvollziehbar sind.

Das bedeutet allerdings nicht, dass man unter Hinweis auf eine getroffene Standortentscheidung von vornherein den Wegfall der Automobilproduktion als quasi gottgegeben hinnehmen und auf Rettungsversuche verzichten darf. Hier müsste stattdessen schnell und entschlossen gehandelt werden.

Mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist im Zusammenhang mit der Standortentscheidung die Rolle der Landesregierung – höflich formuliert – nicht ganz klar. Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben als Abgeordnete – nachzulesen im Plenarprotokoll 14/81 vom 23. Januar 2008 – der damaligen Wirtschaftsministerin Thoben im Zusammenhang mit Nokia vorgeworfen, dass diese offensichtlich keinen wirtschaftspolitischen Seismografen habe, der Vorbeben erkennen lasse, dass Frau Thoben – so wohl der Kern des Vorwurfs – hätte erkennen müssen, dass das profitable Nokia-Werk in Bochum von der Schließung bedroht war.

Wo waren denn – das frage ich mich – die wirtschaftspolitischen Seismografen dieser Landesregierung, wenn Ihr Wirtschaftsminister in einem Interview mit „waz-online“ am 10. Dezember 2012 im Kern einräumen muss, dass die Landesregierung von der Opel-Standortentscheidung kalt erwischt worden ist?

(Beifall von der CDU)

Dass die wirtschaftspolitischen Seismografen hier versagt haben, ist allerdings erstaunlich; denn bei Opel bebte – bildlich gesprochen – die Erde spätestens seit Ende 2008 regelmäßig, und zwar so heftig, dass in der Staatskanzlei und im Wirtschaftsministerium eigentlich die Tische hüpfen müssten.

Das hat übrigens den damaligen Ministerpräsidenten Rüttgers veranlasst, im Februar 2009 nach Detroit zu reisen, von wo er zumindest mit der Zusage zurückgekommen ist, dass kurzfristig keine Standorte geschlossen werden.

(Lebhafter Beifall von der CDU)

Noch interessanter wäre es natürlich, wenn die wirtschaftspolitische Seismologie hier funktioniert hätte und die Landesregierung das beabsichtigte Aus der Automobilproduktion tatsächlich schon länger gekannt hätte. Dann allerdings würde dies mehr Fragen aufwerfen, als ich hier in der verbleibenden Redezeit stellen kann.

Aber lassen Sie uns zurückkommen zur aktuellen Problematik! Wie eingangs schon erwähnt, müssen zunächst alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Bochum auch als Standort von Automobilpro-

duktion zu erhalten. Gleichzeitig muss man aber auch darüber nachdenken, wie man dem Standort Bochum helfen kann, wenn dieses Maximalziel nicht erreicht werden kann.

Dazu gehört eine intensive Unterstützung der Stadt Bochum wie etwa damals in der Nokia-Krise durch Ministerpräsident Rüttgers und Wirtschaftsministerin Thoben. Ich erinnere an das Programm „Wachstum für Bochum“ aber auch an die Unterstützung der damaligen Wirtschaftsministerin bei der Ansiedlung der Firma RIM, die zumindest die hochqualifizierten Mitarbeiter von Nokia aufnehmen konnte.

Hier darf man es nicht bei wohltonenden Erklärungen und herzerwärmenden Solidaritätsbekundungen belassen. Man darf auch nicht nur auf General Motors schimpfen. Vielmehr ist hier jetzt konkretes Handeln gefordert.

Wir dürfen selbstverständlich – daran kann kein Zweifel bestehen – die Hauptverantwortlichen, also Opel und die amerikanische Konzernmutter, nicht aus der Verantwortung entlassen. Bochum hat seinerzeit rund 6 Millionen DM investiert – zuzüglich umfangreicher Infrastrukturmaßnahmen – und Opel die Fläche letztendlich für 1,2 Millionen DM, also sehr stark subventioniert, überlassen. Opel ist jetzt gefordert, der Stadt Bochum die freiwerdenden Flächen möglichst kostenlos, mindestens aber zu einem entsprechend günstigen Preis zu überlassen, um dort die Neuansiedlung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen.

Hier muss von allen Seiten Druck ausgeübt und darauf geachtet werden, dass Opel und die Konzernmutter sich ihrer Verantwortung für Mitarbeiter und Standort nicht entziehen. Die Landesregierung ist gefordert, sich mit allen verfügbaren Mitteln dafür einzusetzen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Haardt. – Für die FDP spricht der Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist eine bittere Debatte, die wir hier heute über die Einstellung der Endmontage bei Opel in Bochum 2016 führen müssen. Aber ich glaube, dass diese Entscheidung politisch unvermeidbar ist.

Sicherlich ist der Automarkt im Moment in einer insgesamt schwierigen Situation; gerade in Europa gibt es eine Überproduktion von 20 %. Aber ich glaube, dass dies nicht die entscheidenden Argumente sind, die zu dieser Schließung geführt haben. General Motors hat viele Fehler gemacht und dem Geschäftsmodell von Opel erheblich geschadet. Sie haben mit einer regelrechten Angststrategie andere

Konzernmarken vor Opel geschützt, indem sie das Premiumsegment herausgenommen und gerade attraktive neue Märkte in den Schwellenländern geschützt und Opel diesen Markt nicht zugänglich gemacht haben.

In diese Angststrategie passt es auch, wenn man nun die 50-Jahr-Feier bei Opel absagt. Dies ist umso bitterer, als gerade die Beschäftigten von Opel einen großen Beitrag zum Erhalt des Unternehmens und ihrer Arbeitsplätze geleistet haben. Deshalb muss es jetzt darum gehen, die kommenden vier Jahre zu nutzen, um am Standort Bochum neue Unternehmen anzusiedeln und das Potenzial der gut ausgebildeten Fachkräfte dort zu nutzen. Deshalb sollten wir meines Erachtens den Blick nach vorne richten, so wie es auch Dietrich Grönemeyer, im Gegensatz zu seinem Bruder Herbert Grönemeyer, gesagt hat – ich zitiere –:

„Wir sollten uns nicht so sehr um die Vergangenheit, stattdessen mehr um die Zukunft des Reviers kümmern.“

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, was kann die Politik tun? Ich sage Ihnen ganz klar: Staatshilfen für Großkonzerne kommen für uns, für die FDP, nicht infrage. Sie kosten nur Geld und sie bringen keine Lösungen, sondern Probleme. Ich bin sehr froh, dass der Schrei nach neuen Subventionen bisher ausgeblieben ist.

Frau Ministerpräsidentin, ich hoffe, dass Sie insofern auch die Lehren aus den Jahren 2009 und 2010 gezogen haben, als die Bundesregierung – Gott sei Dank – mit Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle klar gesagt hat,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Brüderle und klare Aussagen – na klar!)

dass für uns keine Bürgschaften infrage kommen. Da haben Sie noch öffentlich darüber diskutiert, ob Nordrhein-Westfalen dies entsprechend mit Landesbürgschaften übernehmen sollte. Am nächsten Tag hat GM, hat Opel Sie regelrecht echauffiert, als das Unternehmen sämtliche Bürgschaftsanträge zurückgezogen haben und gesagt hat, dass sie dies aus eigener Kraft machen können.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, daran sieht man, dass es der falsche Weg wäre, hier wieder mit Geld der Steuerzahler entsprechend einzugreifen. Nein, Aufgabe der Politik ist es, GM nicht aus der Verantwortung zu lassen. Das haben auch meine Kolleginnen und Kollegen bereits betont. Für uns ist es ganz wichtig, dass General Motors zu seinem Wort steht und es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt und man alles dafür tut, um dem Standort Bochum eine neue, erfolgreiche Perspektive zu geben.

Es ist auch die Aufgabe der Landesregierung, dies zu unterstützen. Und da, Herr Minister Duin, bin ich enttäuscht. Wenn ich den Medien entnehmen darf, dass Sie über die Medien von der Standortschließung erfahren haben und sich nicht in einem direkten Austausch mit dem Unternehmen befunden haben, dann erwarte ich aber von Ihnen, dass Sie sich zukünftig engagierter in die Diskussion um den Standort einbringen.

(Beifall von der FDP)

Und, um dies auch zu betonen: Wir müssen in Nordrhein-Westfalen schauen, dass wir unsere Standortbedingungen insgesamt verbessern und nicht verschlechtern. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es gerade bei diesem Thema so wichtig, dass wir eben nicht den Weg, den diese Landesregierung einschlägt, weiterverfolgen und den Standort durch neue unnötige Gesetze schlechtmachen – wie mit dem Klimaschutzgesetz, dem Wasserentnahmegesetz

(Dietmar Bell [SPD]: Zum Thema, Herr Brockes!)

und anderen Themen. Mit einer solchen Politik werden Sie nicht dafür sorgen, dass sich neue, attraktive, innovative Unternehmen in Nordrhein-Westfalen ansiedeln.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Hören Sie endlich auf, den Standort schlechtzumachen – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, nicht nur in Bochum, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Brockes. – Für die Piraten spricht Frau Kollegin Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen! Ich stehe hier heute in erster Linie als Bochumerin. Plötzlich und unerwartet steht Opel Bochum vor dem Aus. Wie konnte das passieren? Wer hätte das erwartet? Pressekonferenzen vor Ort, Krisensitzungen und jetzt hier die Aktuelle Stunde.

Als sich mein Sohn im Jahre 2005, im Jahr des Zukunftsplans, der die Existenz des Bochumer Werkes sichern sollte, im Rahmen seines Studiums um einen Ausbildungsplatz bei Opel bewarb, glaubte eigentlich schon niemand mehr daran, dass er diese Ausbildung dort noch beenden würde. Erst recht glaubte niemand mehr an eine Zukunftsperspektive des Bochumer Werkes.

Das Thema Schließung geistert jetzt seit mehr als zehn Jahren durch Bochum. Aber wir alle wissen: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Mit Parolen wie „Totge-

sagte leben länger“ hat man sich Mut gemacht und die Augen vor der Realität verschlossen. Heute sehen wir das Ergebnis des langen Zermürbungsprozesses.

Der US-amerikanische Mutterkonzern hat kontinuierlich aufgrund betriebswirtschaftlicher Berechnungen die Werke in Europa gegeneinander ausgespielt. Um das Ausmaß dieser Entwicklung zu verstehen, muss man verstehen, welche Bedeutung Opel für Bochum hat. Opel bedeutet für Bochumer Familien Tradition und Lebensphilosophie. Ein Opelaner zu sein, war und ist auch heute noch gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zu einer großen Familie. Auch deshalb war die Belegschaft immer wieder bereit, Einbußen hinzunehmen.

Mit dem Standort in Bochum sterben aber auch Stadtteile. Langendreer und auch Altenbochum haben von den Opelanern gelebt. Lebensmittelgeschäfte, Kneipen, Pommesbuden, der gesamte Handel basiert auf dem Opel-Werk. Jetzt stehen Belegschaft, Zulieferer und die Infrastruktur mehrerer Stadtteile vor dem Aus.

Für eine belastbare Zukunft des Standortes Bochum nach Opel, dessen absehbarer Tod auf Raten die Mitarbeiter nun umso härter trifft, hat sich keine der handelnden Parteien stark gemacht. Man hat zwar immer wieder mit GM verhandelt, aber niemand hat gleichzeitig einen Plan B entworfen. Hier wurde versäumt, spätestens nach der Schließung des Nokia-Werkes vor vier Jahren in eine zukunftsorientierte Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik zu investieren.

(Beifall von den PIRATEN)

So wurden die Chancen auf Schaffung eines fortschrittlichen Wirtschaftsstandortes vertan. Da nutzt auch der Gesundheitscampus nichts. Genauso wenig wie man die so genannten Schlecker-Frauen zu Erzieherinnen umschulen kann, wird man aus Opel-Facharbeitern Hebammen, Logopäden oder Physiotherapeuten machen.

(Beifall von den PIRATEN)

Den betroffenen Arbeitnehmern wurde eine Sicherheit vorgegaukelt, die es zu keiner Zeit gab. Die von den Arbeitnehmern gebrachten Opfer wie der Verzicht auf Lohn, Lohnerhöhung, Weihnachts- und Urlaubsgeld wurden mit falschen Versprechungen erkaufte. Den Mitarbeitern kann man somit keinerlei Fehlverhalten zur Last legen.

Vielmehr muss sich die Konzernleitung von GM hier in die Pflicht nehmen lassen, die weder ehrlich mit den Mitarbeitern umgegangen ist noch den Standort Bochum jemals als zukunftsfähigen Standort ausbauen wollte. Es war deutlich einfacher, auf Kosten der Arbeitnehmer amerikanische Managementazubis der Konzernmutter GM durch die deutschen Opel-Vorstände zu schleusen. Deren durchschnittliche Verweildauer von drei Jahren in den Unterneh-

men der Opel-Gruppe überzeugen nicht von einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Konzernpolitik.

(Beifall von den PIRATEN)

Fast jeder Bochumer hat Verwandte, Freunde oder Bekannte, die bei Opel arbeiten. Das ist bei mir ganz genauso. Ich habe in den letzten Tagen viele Gespräche und Telefonate geführt. Was erwarten die Mitarbeiter jetzt eigentlich von der Politik? – Neben der Forderung nach einer Übernahme der Verantwortung mit den entsprechenden Konsequenzen von GM wurde immer wieder die Forderung laut, die Arbeitsagentur in Bochum möge mit genügend Mitteln ausgestattet werden, um wirklich qualitativ hochwertige zukunftsfähige Umschulungen zu garantieren.

50 Jahre Opel Bochum – eigentlich wäre dieses Jubiläum ein Grund zum Feiern, wenn es nicht auch gleichzeitig die Todesanzeige für den Standort wäre. Samstag sollte der Tag der offenen Tür auch ein Tag der Solidarität mit den Opelanern sein. Aber der Tag der offenen Tür im Bochumer Opel-Werk ist abgesagt worden, und, Herr Eiskirch, der Rat der Stadt Bochum – namentlich die SPD – hat das so mit entschieden.

(Beifall von den PIRATEN)

Dies ist bereits das zweite Mal, dass eine fertiggeplante Feier zum 50-jährigen Jubiläum abgesagt wurde. Bereits im Oktober war der Tag der offenen Tür geplant. Dieser wurde von der Geschäftsleitung aber kurzfristig zugunsten einer von mehreren Sonderschichten abgesagt. Es ist umso bemerkenswerter, dass Feiern wegen Sonderschichten abgesagt wurden, GM aber offensichtlich ab Januar 2013 Kurzarbeitergeld beantragen will. Das passt nicht zusammen. Kurzarbeitergeld ist für Firmen gedacht, die eine schwierige wirtschaftliche Lage überbrücken müssen und Mitarbeiter wieder in die Vollzeitbeschäftigung führen. Kurzarbeit dient nicht der Überführung in die Massenentlassung.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Werksleitung wollte auch als Zeichen gegenüber den Beschäftigten an der Veranstaltung festhalten. Opel ist und bleibt dem Standort Bochum verbunden. Doch die Voraussetzungen haben sich geändert. Die Veranstaltung würde einen gänzlich anderen Charakter bekommen und wurde abgesagt. Wovor hat man eigentlich Angst? Ist es wirklich die Sicherheit, die solche Sorgen macht, oder ist es nicht vielmehr die Sorge vor einer Solidaritätsbekundung, die auch GM nicht einfach ignorieren kann?

Wir sollten jetzt aber auch in die Zukunft schauen. Vor 50 Jahren gelang es, den Bergbaustandort in einen Industriestandort zu verwandeln. Warum sollte es jetzt nicht auch möglich sein, den Industriestandort in einen innovativen und zukunftsfähigen

Technologiestandort umzubauen? Viel Zeit dazu bleibt allerdings nicht mehr, und es gelingt auch nur, wenn jetzt alle nach vorne schauen und nicht die Fehler der Vergangenheit beweinen. Denn klar ist auch: Alleine wird Bochum das nicht schaffen. In diesem Sinne: Glück auf, Bochum!

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Pieper. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Duin das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe während der bisherigen Debatte – ich sitze vorne rechts – automatisch nach oben links geguckt und mir die Frage gestellt: Was werden die Kolleginnen und Kollegen von der Presse über diese Debatte wohl berichten?

(Zurufe von der CDU)

– Nein, ich befürchte, dass sie möglicherweise folgende Überschrift wählen werden: Landtag streitet über die Situation in Bochum und streitet über das, was in Bochum passiert.

(Beifall von der SPD)

Das finde ich nicht angemessen. Denn in den inhaltlichen Forderungen, die wir haben, die ich auch von den bisherigen Rednern gehört habe, sind wir nah beieinander.

(Armin Laschet [CDU]: Lesen Sie mal die Plenardebatte von 2009!)

Leider haben einige Redner den Eindruck erweckt, als ob sie die Verantwortung von den eigentlich Verantwortlichen ablenken wollten und als ob sie ...

(Armin Laschet [CDU]: Wer denn? Unglaublicher Unsinn! – Karl-Josef Laumann [CDU]: Lesen Sie mal die Rede von Frau Kraft aus dem Jahr 2009! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Meine Damen und Herren, ich finde, dass Frau Pieper

(Anhaltend Zurufe von der CDU)

gerade völlig zu Recht auf die eigentlich Betroffenen hingewiesen hat

(Armin Laschet [CDU]: Damals hat noch Frau Thoben gesprochen! Frau Thoben hat sich gekümmert! – Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

und dass sie, wie wir in diesen Tagen auch in manchen Berichten ...

(Unruhe)

Frau Präsidentin, es ist schwer, hier zu sprechen.

(Zuruf von der CDU)

Sie hat darauf hingewiesen, wie es zum Beispiel der Familie Wehmeyer oder der Familie Scherphausen geht, die in der dritten Generation in diesem Werk arbeiten, und dass es früher eine Selbstverständlichkeit gewesen ist – schließlich ist das Opel-Werk dort aufgrund des Strukturwandels angesiedelt worden –, wenn man den Kindern eine Perspektive geben wollte, zu sagen: Geh du auch zu Opel. Dort lässt sich relativ gutes Geld verdienen. – Das hat zu einer sehr großen Identifikation mit der Marke und mit dem Produkt geführt. Und dass diese Produkte gut sind, ist auf vielfache Art und Weise unter Beweis gestellt worden, nicht zuletzt durch das „Goldene Lenkrad“ für den in Bochum produzierten Zafira.

Wir haben es mit einer Entscheidung zu tun, die offensichtlich in erster Linie in Detroit getroffen wurde und die außer Acht lässt, dass Bochum das Werk mit der besten Auslastung gewesen ist und dass Bochum das Werk ist, in der hervorragende Produkte von hervorragenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf den Markt gebracht wurden. Es ist schon vielfach auf die Situation auf dem europäischen Automobilmarkt und auf andere Zusammenhänge hingewiesen worden. Dass es jetzt ausgerechnet Bochum treffen soll, ist für uns und für die Landesregierung nach wie vor nicht nachvollziehbar.

Da nachgefragt wurde, wer wann was wo gehört hat, will ich Folgendes ganz klar in Erinnerung rufen: Das Unternehmen hat im Sommer dieses Jahres angekündigt, dass es über den Zafira hinaus keine Produktion von Automobilen in Bochum geben wird. Seitdem sind wir in intensiven Gesprächen mit dem Betriebsrat in Bochum, mit dem Gesamtbetriebsrat, mit der IG Metall und mit dem Unternehmen – nicht nur mit den Unternehmensvertretern in Rüsselsheim, sondern auch mit den Unternehmensvertretern in Detroit.

Im Herbst hat es eine Pressekonferenz von Herrn Girsky gegeben, die er in Deutschland abgehalten hat, bei der die Absicht, nach 2016 keine weiteren Automobile in Bochum herzustellen, bestätigt worden ist. Einige Agenturen haben daraus eine Neuigkeit gemacht, die es aber eigentlich nicht gewesen ist, sondern es ist die Bestätigung einer Absicht gewesen.

Wir sind nicht von der Ankündigung überrascht gewesen, aber wir sind in der Tat davon überrascht gewesen, dass sich der Vorstand – nachdem er sich am Freitag nach der Einladung zu einer kurzfristig anberaumten Betriebsversammlung am Montag entschließt, dort hinzugehen –, obwohl das Unternehmen, der Betriebsrat und wir mitten in Gesprächen darüber sind, wie man eine vernünftige Perspektive für Bochum entwickeln kann, in der Betriebsversammlung sagt: Wir reden zwar noch über

alles, aber das schichten wir schon einmal ab: Wir werden die Produktion von Automobilen in Bochum definitiv nach 2016 einstellen. – Das ist kein guter Stil, wenn man sich in Verhandlungen über eine Gesamtkonzeption befindet.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wir wollen jetzt Folgendes tun, und das machen wir seit Monaten: Wir wollen deutlich machen, dass das kein Bochumer Problem ist und dass wir die Wirtschaftsförderung und die politisch Verantwortlichen in der Stadt Bochum damit nicht alleine lassen, sondern unserer Verantwortung als Land gerecht werden. Wir werden das machen, was ich Ihnen auch im Wirtschaftsausschuss als vorausschauende Politik beschrieben habe. Deswegen sind wir in eine gemeinsame Arbeitsgruppe „Perspektive 2022“ hineingegangen, um mit dem Unternehmen, mit den Beschäftigten und mit der Stadt darüber zu reden, was wir tun können.

Unsere Forderungen sind unverändert:

Erstens. Es darf keine Entlassung in die Arbeitslosigkeit geben. Wir wollen den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweitens. Wir wollen in Bochum eine hochwertige Komponentenförderung. Es kann nicht sein, dass wir hier nur über 500 Arbeitsplätze im Warenverteilzentrum reden. Wir wollen einen wesentlich höheren Anteil, und wir wollen einen Anteil für hochwertige Produktion, die dann in Bochum künftig weiter stattfinden wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Drittens. Wir wollen, dass sich die Arbeitsgruppe „Perspektive 2022“ zu einer Entwicklungsgesellschaft weiterentwickelt. Diese Entwicklungsgesellschaft kann dann vom Unternehmen und von der Stadt getragen werden. Aber bevor wir zu einer solchen Vereinbarung kommen, muss es eine feste und klar nachvollziehbare Zusage des Unternehmens geben, mit welchem deutlich spürbaren Beitrag eine solche Entwicklungsgesellschaft unterstützt wird. Ich bin bei all denen, die sagen: Hier ist nicht der Staat gefordert, mit dem Portemonnaie und dem Geld von Steuerzahlern zu winken, sondern das Unternehmen ist in der Verantwortung, dieses zu leisten.

(Allgemeiner Beifall)

Deswegen geht es mir darum, dass wir da auch zusammenbleiben. Wir dürfen das Unternehmen nicht aus der Verantwortung lassen. Wenn das geleistet ist, dann wird es eine solche Entwicklungsgesellschaft geben.

Ich selbst bin seit längerer Zeit in vielen Gesprächen mit Vertretern aus der Automobilbranche, den Zulieferern, die – das haben sie selbst gesagt – ein

hohes Interesse an einer Perspektive haben, und mit der Bundesagentur für Arbeit, mit Menschen, die viel Erfahrung in diesem Bereich haben und die auch entsprechendes Herzblut für Bochum mitbringen, um das auf den Weg zu bringen. Aber wir können das erst dann zusammenführen, wenn dieser spürbare Beitrag von GM wirklich feststeht.

Ein letztes Wort erlauben Sie mir zu dem kommenden Samstag: Wir alle haben kein Verständnis dafür, dass das Unternehmen es den Menschen versagt, die zum Beispiel über drei Generationen dort in der Produktion tätig waren, dieses Fest zu begehen.

Ich möchte mich aber an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei Rainer Eienkel bedanken, der heute Nacht, nachdem diese Entscheidung getroffen wurde, gesagt hat: Wir machen etwas Neues, etwas Eigenes, und wir machen es nicht am Samstag, weil das möglicherweise auch von Leuten oder von Gruppierungen, die mit dem Betriebsrat oder mit Opel selber überhaupt nichts zu tun haben, missbraucht werden könnte. Wir machen vielmehr in sehr geordneten Bahnen Anfang des Jahres eine eigene Veranstaltung mit der Stadt, den Kulturschaffenden und mit sehr vielen Prominenten, die an der Seite der Opelaner stehen. Diese Besonderheit des Betriebsratsvorsitzenden verdient unser aller Respekt. – Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Der Minister hat die Redezeit um 1:30 Minuten überzogen. Wir werden in der zweiten Runde der Fraktionsrednerinnen und -redner bei der Redezeit entsprechend großzügig sein. – Für die Fraktion der CDU hat der Kollege Laschet das Wort.

Weil gestern und heute mehrfach, statt das Redepult herauf- oder herunterzufahren, die Mikrofone verstellt wurden, möchte ich auf Folgendes hinweisen: Das verändert die Raumakustik. Berücksichtigen Sie das bitte, und fahren Sie nur das Redepult herauf und herunter! Dafür wären wir Ihnen sehr dankbar.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen Konsens in diesem Hause, Herr Minister. Aber der gestaltet sich nicht so, dass man nicht auch kritische Fragen stellen kann. In der Kommentierung der Haushaltsdebatte haben viele Kolleginnen und Kollegen der Medien, zu denen Sie dort gut hinaufschauen können, geschrieben: Die Regierung verwaltet nur noch. – Das gilt für die generelle Landespolitik; das haben wir gestern festgestellt.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Sie!)

– Nein, nicht wir, sondern Journalisten: Johannes Nitschmann und andere. Das sind ja in der Regel keine CDU-Mitglieder, sondern Leute, die diese Debatten beobachten und sagen: Diese Regierung verwaltet nur noch. – Das ist eine Kritik an Ihnen, die Sie einmal ernst nehmen sollten!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und, Herr Wirtschaftsminister, ein paar kritische Fragen sind schon erlaubt. Wenn nämlich Frau Kraft mit großem Pathos im Jahre 2009 der Frau Thoben, die Bochum kennt und die sich dort gekümmert hat, sagt, ihr fehle ein politischer Seismograf, dann darf man hier doch einmal die Frage stellen, welche seismografischen Fähigkeiten Sie eigentlich haben, wenn Sie mit den Leuten zusammensitzen und dann aber überrascht sind, dass die am Montag anders entscheiden als am Freitag!

(Beifall von der CDU)

Da ist doch bei Ihnen etwas falsch gelaufen. Da haben Sie doch irgendetwas nicht mitgekriegt, oder Sie haben den Leuten zu leichtfertig geglaubt. Irgendetwas ist doch schiefgelaufen, wenn man am Freitag redet und am Montag sagt, ich bin völlig überrascht, was dort passiert. Deshalb: Abrüsten in der Sprache.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zurufe von der SPD)

Die zweite Frage ist, welche Eindrücke man erweckt. Noch im Mai sagte die Ministerpräsidentin: „Wir, die Ministerpräsidenten von Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Nordrhein-Westfalen, fahren ... nach Detroit.“ – Und Herr Beck sagt: Frau Kraft koordiniert für uns diese Reise.

Sie war bis heute nicht in Detroit. Warum hat man diese Gespräche, die man für Juni angekündigt hat, denn nicht geführt?

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Das ist aus der „Wirtschaftswoche“.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das ist kein Zitat von mir! – Gegenruf von der CDU: Aber von Beck!)

– Frau Ministerpräsidentin, ...

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Sie haben nichts gemacht!)

Frau Ministerpräsidentin, ich unterstelle mal, ...

(Zurufe von der SPD)

Ich unterstelle mal, dass der Kollege Beck ein Sozialdemokrat ist, dem man glauben kann.

(Zuruf von der SPD: Bei uns gibt es solche Leute!)

Ich zitiere wörtlich:

„Die Reise sei ‚ein Vorschlag von Hannelore Kraft, über den wir Anfang der Woche weiter reden wollen‘, sagt der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck. Kraft koordiniere die Angelegenheit, ‚weil das Werk in Bochum auch am stärksten betroffen‘ sei.“

Wenn sich vier Ministerpräsidenten koordinieren – das ist das, was der Kollege Laumann gestern gesagt hat –, muss man im Ergebnis feststellen: Diese Koordinierungsleistung hat dazu geführt, dass unter den vier Ländern das Werk in Nordrhein-Westfalen geschlossen wird. Das ist ein Faktum. Das ist Ihre Koordinierungsleistung!

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Jetzt können Sie sagen:

(Zuruf von der SPD: Was ist denn mit Nokia?)

Das liegt an der Produktpalette; das liegt an dem, was in Bochum produziert wird; das liegt an GM. – Frau Kraft, ich würde sagen, in diesem Teil haben Sie Recht. Das war auch der schwächste Standort, der am wenigsten zu halten war. Das Problem ist aber: Man darf als Politiker nicht das Gefühl vermitteln, ich löse das alles für euch. Wenn das alles so klar war, hätten Sie diese Koordinierungsrolle gar nicht übernehmen dürfen. Wenn Sie koordiniert haben, sind Sie gescheitert. Das ist das Ergebnis, welches wir in diesen Tagen bekommen haben.

(Beifall von der CDU)

Der Kollege Wirtschaftsminister hat gerade noch einmal gesagt, wir wollen keine Steuergelder hineingeben. Das ist richtig. Frau Kraft hat aber im Jahr 2009 mit Schaum vor dem Mund an dieser Stelle zu Herrn Papke gesagt:

„Ich habe Volkswirtschaft studiert im Gegensatz zu Ihnen.“

Zuvor hatte Frau Kraft erklärt, dass es für

„die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und für den Staat erheblich günstiger ist, Arbeitsplätze zu erhalten statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.“

Sie hat der damaligen Landesregierung vorgeworfen, dass sie kein Geld für Opel in die Hand nimmt. – Deshalb ist es gut, dass Sie diese Klarstellung gemacht haben. Das ist etwas anderes als das, was Frau Kraft 2009 in diesem Landtag verkündet hat. Insofern haben wir auch da wieder einen Konsens.

(Beifall von der CDU)

Kommen wir zurück zu den Punkten, in denen es Konsens gibt. Das Unternehmen hat eine Strategie verfolgt, die volkswirtschaftlich wirklich einzigartig ist. Man hat ein gutes Produkt, ein gutes Werk, gute Fachkräfte und gute Anbindung und verbietet dem Werk, auf den boomenden Märkten der Welt in Asien sein Produkt zu verkaufen. Das ist gegen alle marktwirtschaftliche Logik. Daran kann man auch

als Landtag von Nordrhein-Westfalen Kritik üben. Das ist kein Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die qualitative Arbeit leisten.

(Beifall von der CDU)

Da sind wir ganz nah bei Ihnen.

Wir sind auch nah bei Ihnen, wenn Sie sagen: Wir wollen Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften, Kommunen und Hochschulen in vielfältigster Form jetzt zusammenführen, um zu sehen, welche industrielle Produktion wir erhalten können. Da sind wir auch bei Ihnen.

Vonseiten der FDP fiel eben die Bemerkung, dass das ein breiterer Blick ist und man nicht dauernd neue gesetzliche Verschärfungen vornehmen darf, wenn man in diesem scharfen Wettbewerb ein Industrieland bleiben will. Auch in diesem Punkt wären wir bei Ihnen, wenn Sie den Kampf mit Ihrem grünen Umweltminister aufnehmen. Dann haben Sie die Unterstützung der CDU-Fraktion und eine breite Mehrheit in diesem Landtag, um Industriearbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu erhalten.

(Beifall von der CDU)

Deshalb sollten wir es uns angewöhnen, darüber Konsens zu haben und den auch zu pflegen. Wir sollten das an diesem Standort gemeinsam tun. Eine Opposition wird sich aber auch in Zukunft das Recht nehmen, die Reden von Frau Kraft von vor zwei Jahren nachzulesen. Es ist keine Majestätsbeleidigung, auch kritische Fragen zu stellen und zu fragen: Wann waren Sie in Detroit? Wann waren Sie in Bochum? Und wann haben Sie mit den Leuten geredet? – Diese Fragen werden wir weiterhin stellen, so wie Sie es von einer Opposition in diesem Landtag erwarten können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Die Ministerpräsidentin hat um das Wort gebeten.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Ich mache selten von der Möglichkeit Gebrauch, dass die Landesregierung jederzeit reden kann. Ich würde gern erläutern, warum ich das tue. Ich habe gleich zusammen mit der Landtagspräsidentin einen presseöffentlichen Termin zum Parlamentsinformationsrecht. Deshalb kann ich der Debatte nicht länger folgen, möchte aber in aller Sachlichkeit zu den von Ihnen genannten Punkten kurz Stellung beziehen.

Zur Koordinierung der vier Ministerpräsidenten: Das habe ich in der Tat getan. – Wie Sie versuchen, die Standorte gegeneinander auszuspielen, ist der Sache unwürdig, lieber Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN – Zurufe von der CDU)

Eine Reise in die USA war nicht notwendig, weil die Vertreter von GM nach Frankfurt gekommen sind und wir uns in Frankfurt mit ihnen zusammengesetzt haben. So weit dazu.

(Zurufe)

Wenn Sie den Eindruck vermitteln, ich hätte zu Opel jemals den Eindruck erweckt, wir könnten das von landespolitischer Seite lösen, bitte ich Sie, mir dazu irgendein Zitat von mir vorzulegen. Ich war bei den Belegschaftsversammlungen und habe dort sehr deutlich gesagt, wo die Grenzen politischen Handelns liegen.

Zum Stichwort Bürgschaft: Bitte halten Sie das für diejenigen auseinander, die solche Debatten nicht immer im Detail verfolgen können! Was Sie tun, ist unredlich. Die Bürgschaft war damals für einen neuen Investor – Magna – im Gespräch. Eine neue Perspektive mit einer solchen Bürgschaft zu entwickeln, halte ich heute immer noch für richtig. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Wir sind jetzt wieder im normalen Ablauf. – Herr Kollege Bischoff hat für die SPD das Wort.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen in Bochum! Ich hatte mir von der Debatte heute Morgen erhofft – in der zweiten Runde macht es ja Sinn, auch einmal auf die Debatte einzugehen –, konstruktive Vorschläge zu bekommen, Herr Laschet, meinetwegen auch kritische Fragen zu hören, aber dass wir hier ein Bild der Solidarität für die Kolleginnen und Kollegen in Bochum, für ihre Familien, für die Region und für die Stadt bieten könnten.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Ihr Zwischenruf zeigt, dass das nicht gelingt. – Herr Brockes hatte die Hürde fast geschafft. Er meinte aber, am Schluss noch die sich in Vorbereitung befindende Klimaschutzgesetzgebung in Nordrhein-Westfalen für die Schließung in Bochum verantwortlich machen zu müssen. Da ist er noch einmal ins parteipolitische Gezänk zurückgefallen. Aber eigentlich soll es ein Lob sein: Sie hatten die Hürde fast geschafft. Ich hatte mir schon notiert: Schafft die Hürde!

(Zuruf von der FDP: Sie haben nicht zugehört!)

– Doch, ich habe genau zugehört. – Bei der CDU hatte ich das Gefühl, sie wollte die Hürde gar nicht nehmen. Herr Haardt ist in meinen Augen hier par-

teipolitisch kleinkariert aufgetreten und meinte offensichtlich, hier eine Bochumer Auseinandersetzung führen zu müssen.

(Unruhe bei der CDU)

– Es gibt in der Psychologie eine Selffulfilling Prophecy. Sie bestätigen mit Ihrer Schreierei gerade das, was ich sage.

Und Herr Laschet – die Ministerpräsidentin hat ja sachliche Punkte schon klargestellt –

(Armin Laschet [CDU]: Gar nichts hat sie klargestellt!)

steht hier und verkündet, er sei für das Abrüsten in der Wortwahl, trägt das aber im Stil eines Rumpelstilzchens, eines Giftzwerges vor.

(Beifall von der SPD)

Das führt nicht dazu, dass wir in Bochum ein geschlossenes Bild abgeben und dass die Kolleginnen und Kollegen in Bochum das Gefühl haben können, wir stünden geschlossen an ihrer Seite. Dieses Gefühl benötigen sie aber.

Besonders misslich ist mir aufgefallen – verzeihen Sie mir das als Gewerkschafter –, Herr Haardt, wie Sie mit der Frage der Solidarität umgegangen sind. Das betrifft zwei Bemerkungen, und zwar einmal die mit Ironie versehene „die herzerwärmenden Solidaritätsbekundungen“, zum anderen die Bemerkung „die warmen Worte der Solidarität“, die sie gar nicht hören wollen.

Da bin ich empfindlich, und zwar nicht nur als Gewerkschafter, sondern auch als Rheinhauser. Ich habe Samstag in der Kälte gestanden, als wir 25 Jahre Arbeitskampf in Rheinhausen gedachten. Seinerzeit hat es dort eine beispiellose Solidarität gegeben, übrigens auch des Landes Nordrhein-Westfalen. Diese Solidarität war die Grundlage dafür, dass in Folge der Schließung des Kruppwerkes eine ganze Menge bewegt werden konnte. Bei dieser Veranstaltung waren übrigens auch CDU-Kollegen. Bei denen sollten Sie einmal anrufen, Herr Haardt. Sie könnten etwa Frau Vogt fragen. Sie ist Duisburger Abgeordnete. Sie war zwar nicht selber dabei, aber Rheinhauser CDU-Mitglieder.

Insofern kann ich das überhaupt nicht verstehen. Die Solidarität ist die Grundlage dafür, konstruktiv arbeiten zu können. Dieses Bild geben Sie aber, was mehr als bedauerlich ist, nicht ab. Das war aber unser Ziel. Herr Wirtschaftsminister Duin hat es angesprochen. Ich will das noch einmal betonen.

Natürlich müssen Veränderungen geschehen. In Rheinhausen, um das Beispiel noch einmal zu nehmen, hat es zehn Jahre zu lange gedauert. Wir hören ja häufig, dass Rheinhausen eine Erfolgsgeschichte ist. Ja, wir haben dort Logport, wir haben dort nach 25 Jahren arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen, wir haben dort Strukturdaten genereller Art, die alle besser als in Duisburg und im

Ruhrgebiet sind. Aber es hat zehn Jahre zu lange gedauert, bis die Voraussetzungen geschaffen worden sind.

In Bochum haben wir die Chance, es schneller zu machen, früher da zu sein. Die Bochumer Perspektive 2022 ist doch von Wirtschaftsminister Duin schon Wochen vor dem Schließungsbeschluss von GM verkündet worden. Insofern geht doch Ihr Vorwurf, das Ministerium sei auf dem linken Fuß oder kalt erwischt worden, völlig an der Sache vorbei. Drei bis vier Wochen vorher hatte man bereits die Perspektiven entwickelt, indem man dieses Gremium gebildet hat. Wie können Sie dann sagen, wir hätten das gar nicht gemerkt?

Herr Haardt, es wäre ganz schön, wenn Sie mir zuhören würden. Ich habe das bei Ihnen geduldig getan. Es ist eigentlich Sitte in diesem Haus, dass man sich zuhört. Aber das passt auch zu dem, was ich anfangs gesagt habe: Sie hören gar nicht zu.

Darüber hinaus weiß natürlich jede Zeitungsleserin, jeder Zeitungsleser, dass in Bochum die Dinge auf der Kippe standen. Da kann man also überhaupt nicht kalt erwischt werden. Das weiß ich seit Jahren, da brauche ich gar nicht informiert zu sein. Ich muss eigentlich nur das Radio anmachen. Wie können Sie dann den Vorwurf erheben, das Wirtschaftsministerium sei kalt erwischt worden?

Herr Laschet verbindet das Kleinkarierte damit, dass 2009 einmal irgendwer die damalige Wirtschaftsministerin kritisiert habe. – Herr Laschet, ich habe mir bei Ihrem Beitrag aufgeschrieben: Was hilft das von Ihnen hier Vorgetragene eigentlich den Kolleginnen und Kollegen in Bochum? Diese Frage stelle ich mir auch noch einmal bei Ihren Zwischenrufen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Unruhe und Zurufe von der CDU)

Was hilft das? – Gar nichts hilft das!

Wir brauchen konstruktive Maßnahmen. Ich will nicht wiederholen, was der Wirtschaftsminister vorgebracht hat. Wir brauchen jetzt Opel und GM in der Verantwortung. Und natürlich werden wir eine Transfergesellschaft benötigen. Bei der gegebenen Realität, die wir sehen müssen, brauchen wir die. Wir brauchen darüber hinaus eine Anschubfinanzierung von Opel und GM in nennenswertem Umfang, um eben auch die Perspektive 2022 verwirklichen zu können. Allein mit der Transfergesellschaft ist es also nicht getan.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Natürlich ist es wichtig, dass wir solidarisch sind, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen gibt, dass niemand, der auf dem Gelände gearbeitet hat, in die Arbeitslosigkeit fällt. Möglicherweise können wir uns darauf einigen. Wir brauchen dafür in der Tat Druck, der auf Opel ausgeübt wird, und Solidarität für die Menschen in der Region.

Lassen Sie mich damit schließen – vielleicht können wir uns darauf einigen –: Gemeinsam sind wir stark! Wenn wir das gemeinsam den Kolleginnen und Kollegen in Bochum übermitteln könnten – sprich: Wenn Sie vonseiten der CDU ihre nächsten Redebeiträge noch dahin gehend korrigieren könnten –, dann wäre ich ausgesprochen dankbar – nicht für mich persönlich, sondern für die Menschen vor Ort in Bochum, die wirklich Ängste und Sorgen haben und die unsere gemeinsame Solidarität benötigen.

Gemeinsam sind wir stark! – Das ist unsere Botschaft nach Bochum.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Ich will zum Ende dieser Debatte drei Punkte festhalten:

Erstens. Die Beschäftigten bei Opel in Bochum haben über Jahre und Jahrzehnte eine ordentliche Arbeit als qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geleistet.

(Beifall von der FDP)

Dieses Unternehmen hat sich in Deutschland Kompetenzen beispielsweise im Bereich der Elektromobilität erarbeitet, die auf den Weltmärkten aufgrund in Detroit gefallener Entscheidungen nicht genutzt werden dürfen. Das müssen wir in einer Marktwirtschaft akzeptieren. Wenn ein Unternehmen seine eigenen Chancen nicht nutzen will, kann es die Politik zu seinem Glück nicht zwingen.

Aber dann müssen wir dem Management von General Motors in Detroit auch klar sagen: Wenn es nicht ordentlich mit den Beschäftigten hier umgeht, wird das ein ganz teurer Sozialplan. Dann muss die Landesregierung darauf achten, dass diesem Unternehmen für sein Missmanagement nicht ein einziger Euro geschenkt wird. Es muss die Verantwortung für die Beschäftigten und für den Standort übernehmen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN – Zustimmung von Minister Garret Duin)

Zweiter Punkt. Damit es hier nicht zu einer Geschichtsklitterung kommt, merke ich an: Das Unternehmen General Motors insgesamt verfügte auch vor ein, zwei oder drei Jahren über erhebliche Kapitalmittel. Ich erinnere mich an 16 Milliarden € cash in der Kasse von General Motors. Trotzdem hat das Unternehmen nach Staatshilfe gerufen. Wir wollen, auch wenn eben der Marktwirtschaftler Armin Laschet gesprochen hat,

(Armin Laschet [CDU]: Sehr witzig!)

nicht vergessen, dass die nordrhein-westfälische CDU damals Steuergelder für dieses Unternehmen in die Hand nehmen wollte.

(Minister Guntram Schneider: Hört, hört!)

Jürgen Rüttgers war doch schon dabei, General Motors in Detroit die Bürgschaften des Landes anzudienen, obwohl das Unternehmen Geld in der Kasse hatte. Insofern: Macht euch da keinen schlanken Fuß, Ihr wart nämlich auch auf dem falschen Kurs, Armin.

(Beifall von der FDP – Armin Laschet [CDU] schüttelt mit dem Kopf.)

Dritte Bemerkung. Damit diese Debatte nicht so sehr in Moll geführt wird, darf ich mir den Hinweis erlauben, dass wir gegenwärtig den robustesten Arbeitsmarkt seit der Deutschen Einheit haben. Fachkräfte werden in Deutschland gesucht. Also soll bitte nicht von dieser Debatte das Signal nach Bochum in die Belegschaft von Opel ausgehen, dass für sie das Berufsleben mit einer Entscheidung endet, die das Management von General Motors trifft.

Im Gegenteil: Diese qualifizierten Beschäftigten werden gebraucht. Wir werden alles dafür tun, dass sie eine vernünftige Beschäftigung mit ihren Fähigkeiten in einem anderen Unternehmen bekommen. Dafür gibt es Instrumente, die man nutzen kann. Daran muss sich Opel beteiligen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Aber machen wir den Menschen heute Mut, dass sie eine neue Chance finden und verdient haben. Versuchen wir nicht, hier den Eindruck zu erwecken, mit der jetzigen Entscheidung aus Detroit gingen in Bochum die Lichter aus. Das werden sie nämlich nicht.

(Beifall von der FDP und Henning Rehbaum [CDU])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schließung des Opel-Werkes ist für Bochum eine Katastrophe. Dies ist sicherlich schon sehr deutlich geworden. Die Belegschaft muss nun ausbaden, was das Management von GM versäumt hat.

Aber, Herr Laschet, ich frage Sie: Schämen Sie sich eigentlich nicht?

(Zurufe von der CDU: Och!)

Anstatt sich hier um Ihre eigene Profilierung zu kümmern, kümmern Sie sich bitte gemeinsam mit

uns um die Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

(Beifall von den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Ihr kümmert euch ja nicht!)

Davon habe ich noch nichts gemerkt!

(Armin Laschet [CDU]: Ihr kümmert euch ja nicht!)

– Wir kümmern uns. Das haben wir schon getan und tun es weiterhin. Das werden Sie sehen.

(Armin Laschet [CDU]: Nein! – Lothar Hege-
mann [CDU]: Ihr wollt eine Fahrradfabrik dar-
aus machen!)

Wichtig sind eine geschlossene politische Position und ein geschlossenes Auftreten.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, was Sie hier geliefert haben, spielt dem Konzern in die Hände und schwächt die Position der Belegschaft.

(Beifall von den GRÜNEN und Norbert Rö-
mer [SPD] – Thomas Kufen [CDU]: Das
glauben Sie doch selbst nicht!)

Wenn ich Ihnen nahestehen würde, müsste ich mich eigentlich fremdschämen. Das tue ich nicht. Sie sind dafür verantwortlich.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der
SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Für uns in der Politik stellt sich die Frage, was wir nun gemeinsam tun können. Diese Frage, liebe CDU, sollten auch Sie sich stellen. Es ist keine Zeit für politische Auseinandersetzungen und für Schuldzuweisungen. Es geht darum, gemeinsam zu agieren, um der Belegschaft zu helfen.

(Armin Laschet [CDU]: Grüne als Kämpfer für
Autos?)

Das steht an.

(Beifall von den GRÜNEN – Armin Laschet
[CDU]: Kämpft ihr für Autos, oder was?)

Meine Damen und Herren, es darf keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Es gibt erschlossene Industrieflächen am Opel-Standort. GM ist gefordert, sich aktiv für die Gewinnung von neuen Nutzern und neuen Arbeitsplätzen einzusetzen.

Im Rahmen eines Sozialplanes müssen leistungsgerechte Abfindungen angeboten werden, die dem Verlust des Arbeitsplatzes Rechnung tragen.

Eben ist es auch schon von Herrn Bischoff angesprochen worden: Auch eine früh einzusetzende Transfergesellschaft muss ein Mittel sein, Arbeitslosigkeit abzuwenden. Qualifizierung und Vermittlung in neue Beschäftigungsverhältnisse stehen hierbei an erster Stelle.

Es darf hier kein Desaster wie bei den Schlecker-Frauen geben. Mit der Mär, es seien genügend Arbeitsplätze im Einzelhandel vorhanden, ließ die FDP die Frauen im Regen stehen und verweigerte auf Bundesebene ihre Unterstützung. Noch immer haben mehr als die Hälfte der betroffenen Frauen keine Beschäftigung. Dies darf uns bei der Opel-Belegschaft nicht passieren. Leiharbeit, Niedriglohn und Minijobs sind keine Alternativen.

Wir stehen als rote und grüne Regierungsfractionen gemeinsam mit der Landesregierung solidarisch an der Seite der Beschäftigten und setzen uns gemeinsam mit der Landesregierung für eine zukunftssichernde Perspektive für die Belegschaft und die Stadt Bochum ein.

Liebe CDU, Sie sind herzlich eingeladen, daran mitzuarbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Maaßen. – Für die Piratenfraktion spricht der Abgeordnete Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht atmen wir alle mal ein bisschen durch und kommen ein wenig runter. Dieses Thema eignet sich nicht für Wahlkampfretorik. Mir wäre es lieb, wenn wir damit ein bisschen besonnener umgingen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das ist doch unfassbar!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Was trennt einen Menschen im bürgerlichen Mittelstand von jemandem, der von Hartz IV lebt? – Ein Jahr Arbeitslosengeld.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Das soziale Netz hat riesige Löcher. Schnell fällt man sehr tief, wenn man aus der Arbeitswelt ausgeschlossen ist. Man fällt auf ein Niveau, bei dem eine Partizipation an gesellschaftlichem Leben, eine Teilnahme an Kultur und Bildung, eine würdige Existenz nicht mehr möglich ist. Auch eine Abfindungszahlung ändert an diesem Schicksal nichts.

Das ist der Grund, warum uns das drohende Schicksal der Arbeitsplatzverluste der Opelaner so bedrückt. Wir bangen mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, die sich Sorgen um ihre Existenz und um die Zukunft ihrer Familien machen. Genauso besorgt sind wir um das Schicksal der vielen Beschäftigten von Zulieferbetrieben, die nicht so sehr im Fokus stehen.

Aber wie sehen die Konsequenzen aus diesem Wissen aus? – Es macht unseres Erachtens keinen Sinn, Arbeitsplätze durch direkte Subventionen in

ein Unternehmen erhalten zu wollen, das Produkte herstellt, die offensichtlich nicht mehr genug nachgefragt wurden, und welches sich auf einem durch dramatische Überkapazitäten geprägten Markt bewegt. Das würde zu Wettbewerbsverzerrungen führen, und die Arbeitsplätze in anderen Betrieben wären gefährdet. Zudem wären die geretteten Stellen auf Dauer von solchen Subventionen abhängig.

Wenn wir überhaupt über Subventionen nachdenken, sollten diese Subventionen in die Schaffung nachhaltiger und zukunftsfähiger Arbeit sowie selbstverständlich und vor allen Dingen in Bildung und Weiterbildung fließen, um die Menschen bestmöglich zu qualifizieren.

Doch machen wir uns nichts vor: Es wird Menschen geben, die zu den Verlierern gehören werden, die nicht qualifiziert werden können, für die keine adäquaten Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Bekanntlich haben wir jetzt schon eine Diskrepanz zwischen der vorhandenen Arbeitslosigkeit einerseits und dem gleichzeitigen Arbeitskräftemangel andererseits.

Damit soll General Motors aber nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden, die es für seine Beschäftigten hat. GM ist dafür verantwortlich, sich um seine Arbeiterinnen und Arbeiter zu kümmern, ihnen eine Anschlussbeschäftigung anzubieten, wo immer das möglich ist.

General Motors hat Opel so aufgestellt, dass die Erschließung neuer Märkte – zum Beispiel in China und Südamerika – versagt war. An den wirtschaftlichen Problemen trägt GM die Hauptschuld, nicht die Beschäftigten. Wir erwarten, dass sich ein multinationaler Konzern seiner gesellschaftlichen Verantwortung nicht entzieht. Abfindungen alleine sind dafür keine Lösungen.

Ein Punkt ist mir bei aller Wahlkampfretorik, die wir heute gehört haben, in den bisherigen Reden deutlich zu kurz gekommen: Warum ist denn das Schicksal, das viele Opelaner erwartet, so bitter? – Ich darf daran erinnern, dass die Koalition aus SPD und Grünen die als Hartz IV bekannten Regelungen in der Agenda 2010 so beschlossen hat. Die derzeitige Bundesregierung aus CDU und FDP hat die Sanktionen sogar noch verschärft. Die Zahl der ALG-II-Sanktionen ist auf einem Höchststand. Wir haben in Deutschland eine soziale Sicherung, die diesen Namen nicht verdient. Das ist der eigentliche Skandal:

(Widerspruch von Christian Lindner [FDP])

Dass vielen Opelanern das bevorsteht, was viele Millionen Menschen heutzutage in Deutschland schon erleben,

(Christian Lindner [FDP]: Sie machen denen ja Mut!)

dass das System dazu da ist, Menschen notfalls in prekäre Arbeitsverhältnisse zu bringen, statt ihnen

gesellschaftliche Teilhabe und eine würdige Existenz zu ermöglichen,

(Beifall von den PIRATEN)

dass nach wie vor nur jemand, der eine Erwerbsarbeit hat, etwas zählt, das ist der eigentliche Skandal!

Es ist Aufgabe der Politik und im Grunde unser aller Aufgabe, das zu ändern. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Bemerkung zu meinem Vordner: Es bedarf schon einer gewissen politischen Kreativität, die Diskussion über das Sozialgesetzbuch II auf die aktuellen Vorgänge bei Opel in Bochum herunterzubrechen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aus meiner Sicht ist bei den Regelungen der sogenannten Hartz-IV-Reform einiges zu verändern. Aber ich sage Ihnen auch: Die Grundsatzsubstanz dieser Reform war und ist richtig.

Ich bin aber überhaupt noch nicht bei Hartz IV, sondern wir müssen dafür sorgen, dass möglichst kein Opelner in eine solche Situation hineingerät. Das ist unser Ansatz.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Ansatz ist offensiv, nicht zurückhaltend, nicht rückwärtsgewandt.

Meine Damen und Herren, es ist schon darauf hingewiesen worden: Natürlich hat der Stilllegungsbeschluss für die Opelner in Bochum, aber auch anderswo, in allen Städten des Reviers – alle sind beteiligt – weitreichende, negative Konsequenzen, und zwar nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für deren Familien, die Stadt, die Region und das ganze Land. Wir müssen befürchten, dass die Arbeitslosenquote, die im Revier im Moment bei etwa 11 % liegt – in Bochum sind es 9,5 % – ansteigt.

Und ich möchte darauf hinweisen, dass es nicht nur um die unmittelbar Betroffenen geht. Es geht um Wertschöpfungsketten in der Automobilindustrie, in der Metall- und der Elektroindustrie schlechthin, es geht um den Dienstleistungssektor. Es geht darum, dass von den in Aussicht gestellten und angekündigten Maßnahmen zwischen 25.000 bis 40.000 Menschen betroffen sind. – So eine Studie der RWTH Aachen!

Arbeitsmarktpolitisch ist das natürlich eine große Herausforderung. Im Übrigen zeigt sich am Fall Bo-

chum und Opel, dass Einkommensverzicht und Zugeständnisse bei der Arbeitszeit nicht automatisch in Beschäftigungssicherung umschlagen. Dies kennen wir zwar auch, aber es gibt an der Stelle keinen Automatismus.

Worum geht es? – Es muss – das ist schon erwähnt worden – sichergestellt werden: Einen Fall „Schlecker II“ darf es nicht geben.

(Beifall von der SPD und Reiner Priggen [GRÜNE])

Für mich bedeutet dies, dass es – dafür sind die finanziellen Ressourcen im GM-Konzern vorhanden – den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen geben muss. Das ist arbeitsmarktpolitisch die zentrale Botschaft, die aus diesem Plenum in Richtung Bochum gesendet werden muss.

Im Übrigen rede ich jetzt noch gar nicht über Sozialpläne. Das ist zudem Angelegenheit der Betriebsparteien und der zuständigen Gewerkschaft, die in solchen Fällen sehr professionell handelt. Wir wollen einmal abwarten, was aus den Versprechungen von Opel wird. Die Komponentenfertigung kann ja mit einer nennenswerten Anzahl qualifizierter Arbeitsplätze verbunden sein.

Also: Nicht jetzt schon die Flinte ins Korn werfen! Der Sozialplan ist Endpunkt einer Entwicklung. Jetzt geht es darum, zu retten, was zu retten ist. In diesem Zusammenhang will ich ausdrücklich Herrn Lindner loben.

(Zurufe: Oh! – Christian Lindner [FDP]: Hoffentlich schadet mir das nicht!)

– Sehen Sie, es geht eben nicht nur um Kundgebungen zum 1. Mai, sondern um realistische Betrachtungen.

Natürlich müssen wir Kritik üben. Natürlich müssen wir Ross und Reiter nennen, wenn es um die Verantwortlichen dieser Problematik in Bochum geht. Aber genauso wichtig ist es, Mut in die Zukunft zu entwickeln. Das sollten wir alle miteinander tun.

In diesem Zusammenhang spielt „Bochum Perspektive 2022“ eine sehr wichtige Rolle. Wir haben solche Beispiele schon jetzt im Revier, etwa in Dortmund, wo sich der ThyssenKrupp-Konzern seiner Verantwortung gestellt hat. Ich sage sehr deutlich auch bezogen auf Bochum: Wer abholzt, muss auch wieder pflanzen und aufforsten. Das verlangen wir vom GM-Konzern!

Das geht nicht so billig, indem man sagt: Verzichten wir doch auf das Klimaschutzgesetz. Dann kommen viele kleine Mittelständler und siedeln sich in Bochum an. – Das ist Wirtschaftsförderung vor Adam Smith. Da hat man die Mechanismen in einer Marktwirtschaft überhaupt nicht begriffen.

Wir werden natürlich die notwendigen Planungen für Qualifizierungsmaßnahmen bereitstellen. Wir werden uns auf eine mögliche Transfergesellschaft

einrichten. All dies gehört zum Arsenal, wenn es darum geht, Beschäftigungseinbrüche zu verhindern. Mit Schimpfen allein geht das nicht.

Ich war nahe dran an den Aktivitäten der schwarz-gelben Landesregierung, als es um Nokia ging. Fruchtbare Gespräche stehen nicht in einem Zusammenhang mit langen Reisen, zumal wenn man noch Wartezeiten zu überwinden hat, bevor man zum mittleren Management vorstößt. Ich kann mich sehr genau an diese Dinge erinnern. Ich kann Ihnen nur sagen: Abrüsten!

Ein gutes Signal wäre es, wenn heute in Bochum ankäme: Der Landtag ist sich weitgehend einig in der Kritik der Dinge und auch in der Entwicklung von Perspektiven. Ich stelle nach dem bisherigen Stand der Diskussion fest: Der Landtag ist sich einig – bis auf die CDU.

(Widerspruch von der CDU)

Ich denke, hier müssen wir noch Lernprozesse und Prozesse der Einschätzung von wirtschaftlichen Zusammenhängen fördern. Es bestehen Möglichkeiten in diesem Hause, die weitgehend ungenutzt sind, so glaube ich.

Die Situation ist schlimm. Die Situation ist schwer. Unsere Solidarität gehört den Opelanern. Eine andere Frage ist, wer aus diesem Hause Opel fährt. Das wäre sehr interessant zu ergründen, damit die Dinge praktisch werden.

(Zuruf von der CDU: Fahren Sie denn keinen Opel? – Zuruf von Lothar Hegemann [CDU] – Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Weitere Zurufe)

Meine Bitte: Wir sollten hier nicht in der parteipolitischen Auseinandersetzung vermeintliche Vorteile nutzen wollen. Das ist der Sache nicht angemessen. Dafür ist sie zu ernst. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Wüst.

(Zurufe – Armin Laschet [CDU]: Ein Schauspieler ist das! Ein echter!)

Hendrik Wüst (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Schneider, wenn Sie sich um den Automobilpark in der Landtagsgarage Sorgen machen, fangen Sie erst einmal innerhalb Ihrer Landesregierung an zu überlegen, warum nicht einmal mehr die nordrhein-westfälische Polizei Opel fährt.

(Beifall von der CDU)

Es ist schon erstaunlich, wie Sie sich mit dem abgefunden haben, was jetzt in Bochum bei Opel passiert.

(Minister Guntram Schneider: Ich habe mich überhaupt nicht abgefunden!)

Sie tun so, als sei ein Komponentenwerk zugesagt worden. – Nicht einmal das ist passiert. Opel hat gesagt, man wolle prüfen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Womit lassen Sie sich eigentlich in dieser Frage abspeisen? – Ich habe – auch durch viele Gespräche in den letzten Tagen – den begründeten Verdacht, dass Sie sicherlich versucht haben, die Interessen von Nordrhein-Westfalen zu vertreten, Herr Minister Duin und Frau Ministerpräsidentin Kraft. Daran habe ich keinen Zweifel.

Als man Ihnen dann irgendwann im Spätsommer bedeutet hat, dass das so nicht geht, dass das so nicht funktionieren wird, kam ganz schnell die Perspektive 2022. In der Stadt Bochum war man bei der Verkündung noch einigermaßen überrascht. Das wird jetzt hier als eine Möglichkeit erörtert, das Schlimmste zu verhindern.

Opel hat nach dem, was ich höre, ganze 200.000 € angeboten. Alle anderen Beteiligten haben darüber herzlich gelacht. Wie lassen Sie sich hier eigentlich abspeisen?

(Minister Garrelt Duin: Das stimmt doch überhaupt nicht! Das ist unglaublich!)

– Sie können gleich noch einmal sprechen.

(Widerspruch von der SPD)

Wie tief legen Sie eigentlich die Latte, Herr Duin? Damals waren Sie noch nicht hier, sondern noch woanders auf anderen Karrierepfaden.

(Minister Garrelt Duin macht eine Geste mit der Hand.)

– Was war das denn für ein Zeichen, bitte? Herr Präsident, der macht hier solche Zeichen. Wo sind wir denn hier?

Was haben wir hier für Debatten bei Opel und bei Nokia geführt? Das ist der Maßstab, an dem Sie die Vorgängerregierung gemessen haben. Wie niedrig legen Sie heute hier die Latte?

(Beifall von der CDU)

Die beiden ersten Damen des Landes unterzeichnen gerade eine Parlamentsinformationsvereinbarung.

(Armin Laschet [CDU]: Die ist ja auch sehr wichtig! Das ist eine Unverschämtheit!)

Mein lieber Scholli: Was wäre hier losgewesen, wenn Eckhard Uhlenberg als Landtagspräsident und Jürgen Rüttgers bei einer solchen Debatte im

Nebenraum eine Landtagsinformationserklärung unterschrieben hätten?

(Beifall von der CDU)

Das ist der Maßstab. Genau deshalb, lieber Herr Duin, messe ich Sie an den von Ihnen aufgestellten Maßstäben.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist unglaublich! – Zuruf von Regina van Dinther [CDU])

Unsere Solidarität ist nicht in Zweifel zu ziehen. Herr Bischoff, Sie werden sich wundern: Als überzeugter Marktwirtschaftler, der an anderer Stelle, bei Tarifverhandlungen, auf der anderen Seite des Tisches sitzt, stimme ich Ihnen zu: Mir kommt bei dem Benehmen des Opel-Managements das kalte Grausen. Daran bitte ich, keinen Zweifel zu haben.

Jeder von uns kennt Handwerker und Mittelständler, die auch schon einmal in schwierigen Zeiten waren. Die kneifen vor Weihnachten die Pobacken zusammen, gehen notfalls noch einmal selbst in die Haftung, um das zu vermeiden, was jetzt in Bochum passiert. Dieses kaltschnäuzige und in Wahrheit schwache Vorgehen legt die Axt an die Zustimmung zur sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Das sollte uns gemeinsam Sorgen machen.

(Beifall von der CDU)

Neben allen Solidaritätsbekundungen und wenn auch noch frühen Bemühungen, das Schlimmste zu verhindern, kann ich Ihnen allerdings nicht ersparen, Ihnen Ihre politische Verantwortung für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen vor Augen zu führen.

Vor 50 Jahren wurde das Opel-Werk in Bochum gegründet. Das war damals mehr eine politische Entscheidung, eine Investition in den freien Westen – so wurde damals gesagt –, als das, was man heute Standort-Benchmarking nennt. Aber glauben Sie, dass heute noch im internationalen Standortwettbewerb Nordrhein-Westfalen ein Opel-Werk bekäme? Wir wollen ja nach vorne denken. Herr Minister Schneider sagt Ja. Ich sage: Ich mache mir große Sorgen. Das Klimaschutzgesetz ist sicherlich kein Anreiz, für wen auch immer, hier in Industrie zu investieren.

(Beifall von der CDU)

Da, wo Stahl, Aluminium verbaut wird, ist ein Klimaschutzgesetz, wie Sie es gerade durchwinken, Herr Schneider, sicherlich kein Investitionsanreiz, die flächendeckende Gewerbesteuer durch das GFG, das Wasserentnahmeentgeltgesetz, das Tariftreue- und Vergabegesetz mit einer 60-seitigen Verordnung und angekündigten zwei Handbüchern, die wir demnächst bekommen, sicherlich auch nicht. Diese Frage müssen Sie sich stellen: Schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, dass sich hier solche großen Industrieprojekte wieder ansiedeln, oder wollen wir in nächster Zeit nur noch über Abwicklung reden

und solche traurigen Anlässe wie heute haben? Ich glaube, das ist nicht Ihr Anspruch. Da bin ich ziemlich sicher, wenn ich Ihre Reden höre. Ich kann Ihnen für uns als CDU versichern:

Erstens. Unsere Solidarität gilt den Mitarbeitern von Opel und ihren Familien.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Sie heute nicht unter Beweis gestellt!)

Zweitens. Die CDU steht an der Seite all derer bei Rot-Grün, die zum Industriestandort stehen und bereit sind, im Zweifel für Industrie zu handeln und nicht nur schöne Reden zu halten. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Armin Laschet [CDU]: Die ganze Regierungsbank leer bei einem solchen Thema!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Römer.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, um an diesem wichtigen Tag für viele tausend Menschen in Bochum, in der Umgebung von Bochum, in ganzen Teilen des Landes Nordrhein-Westfalen drei klare Botschaften zu senden.

Die erste Botschaft, die wir hoffentlich von diesem Hohen Hause gemeinsam geben wollen, heißt: Ja, wir stehen in dieser schwierigen und für viele Menschen beklemmenden Situation zu den Kolleginnen und Kollegen von Opel und zu den vielen tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die direkt und mittelbar von Opel abhängig sind.

Zweitens. Herr Kollege Laschet, wir lassen GM nicht aus der Verantwortung, auch nicht aus der finanziellen Verantwortung für eine Zukunftsperspektive in Bochum und um Bochum herum.

(Armin Laschet [CDU]: Sehr gut!)

Drittens. Wir wollen alles tun, um dann, wenn GM in die Verantwortung genommen worden ist, dafür zu sorgen, dass es in Bochum eine Perspektive gibt. Und darüber, Herr Kollege Laschet, lohnt dann auch der politische Wettbewerb, auch die politische Diskussion und der Streit darüber, wie eine solche Perspektive entstehen kann. Das, was Sie hier abgeliefert haben, Profilierungsversuche auf dem Rücken von Kolleginnen und Kollegen,

(Armin Laschet [CDU]: Die Kolleginnen und Kollegen würden sich freuen, wenn die Regierungsbank besetzt wäre!)

so werden Sie Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz nicht steigern können, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]:
Euch interessiert das doch gar nicht! – Wei-
tere Zurufe – Unruhe)

Ich bin dem Kollegen Lindner – jetzt wird er noch einmal gelobt; nachdem das bereits der Herr Schneider gemacht hat, will ich nicht nachstehen – dankbar dafür, dass er für die FDP-Fraktion deutlich gemacht hat, dass sie den heutigen Tag mit uns gemeinsam nutzen will, um diese klaren Botschaften zu senden.

(Zurufe von der CDU)

Herr Kollege Laschet, das ist ja Ihr Problem. Sie können nicht zuhören. Sie schreien herum. So werden Sie doch die 26 % nicht los. Was soll das denn?

(Beifall von der SPD – Fortgesetzt Zurufe von
der CDU)

Wer sich über Ihren Auftritt und den Auftritt der CDU in diesem Hohen Hause die Hände reiben kann, das ist klar, das ist GM. Die wollen sich gerne aus der Verantwortung stehlen. Deshalb, Herr Kollege Wüst, will ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Wirtschaftsminister Duin bereits vor drei Wochen öffentlich klar gemacht hat, dass GM nur dann eine finanziell vernünftige Verpflichtung eingehen kann und wird, wenn es sich mindestens um einen siebenstelligen Betrag handelt. Also lassen Sie das sein, was Sie hier gerade versucht haben! Der Wirtschaftsminister ist auch in dieser Frage eindeutig.

Jetzt kann es eine Chance geben, wenn sich die CDU durchraffen könnte, auf das einzugehen, was der Kollege Lindner für die FDP gerade verdeutlicht hat: Ja, lassen Sie uns doch an dem Punkt zusammenstehen und von diesem Hohen Hause klar machen, dass wir uns von diesem amerikanischen Unternehmen nicht auf der Nase herumtanzen lassen. Die werden ihrer Verpflichtung in Bochum nachkommen müssen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den
PIRATEN)

Herr Kollege Laschet, dann sollten wir – das ist doch eine Einladung auch an Sie; da können Sie Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz doch einbringen –

(Armin Laschet [CDU]: Frau Kraft sollte hier-
her kommen!)

die Gelegenheit nutzen, wenn es gelungen ist, GM in diese Verpflichtung hineinzunehmen, auch in diesem Hause darüber reden, wie wir weitere Perspektiven für die Menschen in Bochum, für die Arbeitsplätze und für diejenigen, die daran hängen, entwickeln können. Dazu könnten Sie Beiträge leisten. Das, was Sie hier heute abgeliefert haben, war nicht vernünftig und vor allen Dingen den Kolleginnen und Kollegen in Bochum gegenüber nicht solidarisch.

(Armin Laschet [CDU]: Dass die Regierungsbank leer ist, ist nicht solidarisch!)

Sie sollten sich an dem Punkt ein Beispiel an der FDP nehmen. Ich habe mich gefreut, dass vier Fraktionen hier im Landtag diese klare Botschaft senden. Die CDU ist nicht dabei. Das haben Sie sich mit Ihrem Auftritt selbst zuzuschreiben, Herr Kollege Laschet. Das war keine gute Leistung.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den
PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

2 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen zu Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW (BLB-Untersuchungsausschuss)

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1619 – zweiter Neudruck

Ich möchte noch einen Hinweis geben. Es gibt mit Zustimmung aller antragstellenden Fraktionen einen zweiten Neudruck des Antrags, der sich von dem Neudruck nur in der Weise unterscheidet, dass unter Abschnitt A Punkt VII 2 b der Satz: „Es handelt sich um keine Vollzeitstellen“ ersatzlos wegfällt.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Ganzke das Wort.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Hätte“, „Wenn“ und „Aber“, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Floskeln, die auch wir Politiker häufig nutzen, um Sachverhalte einzuleiten. Wenn – ja, wenn – sich der Landtag im März nicht aufgelöst hätte, wäre der im Mai 2011 eingesetzte Parlamentarische Untersuchungsausschuss rund um den BLB noch tätig. Aber wo würde dieser Ausschuss stehen? Hätten – ja, hätten – sich die Ausschussmitglieder einvernehmlich über Zeugenladungen oder über die Reihenfolge der Beweisführung geeinigt, wäre – ja, wäre – der gemeinsame Wille ersichtlich, dass allen Fraktionen daran gelegen ist, an der Aufklärung der im Antrag aufgeworfenen Fragen interessiert zu sein.